

DIE WELTWIRTSCHAFTSKRISE UND IHR POLITISCHER AUFTRAG

Rainer Bartel

1. Krise und Konsequenzen
2. Im Dutzend billiger, zweckmäßiger und wirksamer
3. Einsichten (statt Aussichten)

1. Krise und Konsequenzen

"Die Angst geht wieder um im Land. Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren und so rasch keinen neuen zu finden. Angst, die Kreditrate nicht mehr zahlen zu können, weil die Arbeitslose bestenfalls für die Miete, für das Auto, für Essen und Kleidung reicht. Angst vor allem auch, weil viele Menschen Vergleichbares noch nie erlebt haben. Sie hatten folglich auch nie Gelegenheit zu lernen, mit so einer Situation umzugehen - weder emotional, noch praktisch. (...) Noch im Herbst, als die US-Institution Lehman Brothers krachte, schien die Krise von Europa aus gesehen unendlich weit weg. Das hat sich innert kürzester Zeit komplett verändert. Kurzarbeit, Kündigungen und Produktionsstilllegungen stehen auch hierzulande fast schon täglich auf dem Menü zettel."¹ Tatsächlich ist die Weltwirtschaftskrise der Zwischenkriegszeit größtenteils unser einziger Vergleichsmaßstab – abseits von Kriegszeiten und -folgen (Abb. 1 und 2). Man bemüht sich, immer wieder zu betonen, dass der Vergleich unzutreffend sei, da doch die Regierungen heute anders reagierten als damals. Doch die Parallelen der Entstehungsmuster größerer Krisen sind unheimlich.²

Um einfach zur wissenschaftlichen und politischen Tagesordnung zurückzukehren, sind die wesentlichen Voraussetzungen für die Krise und ihr erneutes Auftreten zu krass:

- der globalisierte Finanzmarkt mit seiner Aufblähung und Nervosität, Undurchsichtigkeit und Machtfülle (Beherrschung auch der Realwirtschaft), Flüchtigkeit und Spurenmangel, Spekulationsgier, Finanzierungsunzulänglichkeit und chaosähnlichen Zusammenbruchsgefahr,
- die aufklaffende Schere der Verteilungsungleichheit (einerseits Vermögensanhäufung als Spekulationsmasse, andererseits Einkommensschwäche, Zahlungsunfähigkeit und Güternachfragemangel – auch zu Lasten der Gewinne und Kapitalrenditen),
- die weltweite Verschlechterung der Arbeitsmarkt- und Arbeits-, Ressourcen- und Umweltbedingungen (mit entsprechenden Auswirkungen auf die Lebensqualität),
- die hohen Zahlungsbilanz-Ungleichgewichte (ein Abbild der ungleichen internationalen Leistungs- und Vermögensbeziehungen),
- der Rückzug des Staates in Wirtschaftsbelangen bzw. ein ungeeigneter Ansatz staatlicher Wirtschaftspolitik.³ "Der Neoliberalismus hat Betriebe, Politik und Medien ins Schlepptau der Finanzmärkte genommen."⁴

Unter Arbeitslosigkeit leiden die Menschen sowohl materiell als auch seelisch. "Arbeit ist das halbe Leben! – Was ist dann ein Leben ohne Arbeit?" (das Motto einer Enquete der Arbeitslosenstiftung in Linz) ist die berechtigte Frage in einer Wettbewerbs- und Leistungsgesellschaft, die den Einzelmenschen für seinen wirtschaftlichen Erfolg allein verantwortlich macht und ihm oder ihr demgemäß einen Platz in der Gesellschaft zuweist. Arbeitslosigkeit diskriminiert dreifach: durch Einkommensarmut, Krankheit (verfrühten Tod) und gesellschaftliche Isolation (dabei wirken sich formelle soziale Umweltkontakte der Eltern statistisch zuverlässig sogar auf Schulerfolge – und Lebensaussichten – ihrer Kinder aus).⁵ Das gesamtwirtschaftlich unmittelbar Schädlichste ist in der gegenwärtigen Krise der seit 75 Jahren beispiellose Vertrauensschwund mit seinem wesentlichen Einfluss auf Investitionen realer und finanzieller Natur.⁶ Laut einer Umfrage der Gewerkschaftsjugend in den oberösterreichischen ÖGJ-Jugendzentren bangen 81 % der SchülerInnen um einen Lehrplatz und 40 Prozent der Lehrlinge um ihren Job.⁷ Immerhin gehören oberösterreichische Bezirke laut AMS stark überproportional zu jenen, die die höchsten und zweithöchsten Zuwachsraten an Arbeitslosigkeit erleiden

müssen (mehr als 59 bzw. mehr als 80 und bis zu 118 %). Oberösterreich ist als Export-, Industrie(-zuliefer)- und Agrarland besonders krisengeschüttelt (Abb. 3).

Immerhin sind wirtschaftspolitische Pakete zur Stabilisierung von Wirtschaft und Beschäftigung auf möglichst hohem Niveau in weiten Teilen der weiter entwickelten Welt eine Konsequenz der überaus misslichen Lageentwicklung, wobei Österreich (Abb. 4) für seine relative Zurückhaltung von der OECD kritisiert wird.⁸ Ein Grund für die generell nie zuvor gekannte Expansivität ist die Bedrohung durch ein politisches Abrutschen nach rechts ("Das ist die Stunde der Demagogen").⁹ Doch fragt sich, ob die Pakete rasch genug kamen, um die wesentliche Verbreitung des Pessimismus zu unterlaufen, und ob sie angesichts dessen nun groß genug sind, um noch merklich zu wirken.

Gerade wenn es bereits erste Statements, Proteste und Kampagnen gegen eine entschiedene Stabilisierung der Konjunktur mittels Budget- und Geldpolitik gibt, erheben sich die Schuldfrage und die so genannte Inzidenzfrage: Wer waren die VerursacherInnen der Krise? Wer sind ihre Leidtragenden, wer werden die FinanziererInnen der Krisenbekämpfung sein?¹⁰ Es muss also um Verursachung und Verteilung gehen – allein schon aus Fairness. Daran knüpft sich dann die Herausforderung, die Übel an den Wurzeln statt an den Symptomen zu kurieren. Liberalisierung und Zurückdrängung des Staatseinflusses sind die systemischen Hauptursachen, neoliberale Theorien und Politiken die Hauptschuldigen, SparerInnen und SteuerzahlerInnen, KurzarbeiterInnen und Arbeitslose die Opfer.

Angesichts der überwältigenden Schadens- und ihrer Umverteilungswirkungen ist die Vermeidung künftiger Krisen eigentlich unabdingbar. Dafür werden gemeinhin drei Ansätze debattiert: Erstens, im einen Extrem, das bisherige neoliberale Konzept noch konsequenter umzusetzen und stärker auf die Problemlösungsfähigkeit der Märkte zu vertrauen; zweitens, im anderen Extrem, von Wachstumsorientierung, Finanzbusiness und Grundprinzip Markt abzugehen; drittens, als gemäßiger Ansatz, das bisher verfügbare wirtschaftspolitische Instrumentarium mit anderer – stärker solidarischer, volks- und gemeinwirtschaftlicher – Orientierung einzusetzen. Ich plädiere für die dritte, die mittlere Lösung, weil ich mir nicht vorstellen kann, dass die Extreme leidlich funktionieren könnten.¹¹

2. Im Dutzend billiger, zweckmäßiger und wirksamer

Bleiben wir also bei unserem vorhandenen wirtschaftspolitischen Instrumentarium, setzen wir es allerdings anders ein, als es im neoliberalen Zeitalter der Fall war und ist.¹² So wäre der politische Auftrag zu interpretieren, der sich aus der Krise ableitet.

2.1. Gesellschaftliche Verantwortung: Unternehmenskalkül oder politische Entscheidung?

"Alle Unternehmen müssen anerkennen, dass sie die Verantwortung haben, Menschenrechte zu respektieren. " Aber: "Viele Unternehmen kalkulieren Betriebsstörungen nicht ein, sondern schauen nur auf ihren Börsenwert. Das ist töricht. Prävention ist oft viel günstiger als die Heilung."¹³ John Ruggie, Harvard-Lehrbeauftragter und UNO-Sonderbeauftragter für Menschenrechte und Transnationale Unternehmen, meint damit, dass Unternehmen die Kosten nicht einkalkulieren, die ihnen entstehen, wenn sich Belegschaft und Gewerkschaft solidarisch erfolgreich gegen ihre Entrechtung wehren. Aus seiner Aussage lässt sich auch erkennen, dass die Beachtung der legitimen Interessen der Beschäftigten und Dritter an Gütern wie Rechtsgenuss, Fairness und Nachhaltigkeit meist nicht seitens der KonsumentInnen durchgesetzt wird oder werden kann.

Die Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung (Corporate Social Responsibility – CSR) rechnet sich betriebswirtschaftlich offenbar nur in gesellschaftlich unwesentlichem Ausmaß und kann somit zur Lösung der großen Probleme der Wirtschaft und Gesellschaft nicht eingesetzt werden. Das Problem der Entrechtung und "Entmächtigung" ("disempowerment") von ArbeitnehmerInnen, KonsumentInnen und Umwelt(-nutzerInnen) ist ganz offensichtlich ein Koordinationsproblem, das der Markt nicht löst (Marktversagen durch den Gemeinschaftsgutcharakter). Er koordiniert weder das CSR-Engagement der Unternehmen (was das Wettbewerbsargument gegen CSR entkräften würde) noch die solidarische Entwicklung von Gegenmacht durch die Betroffenen gegen das reine, kurzfristige und kurzsichtige Profitstreben der Unternehmen,¹⁴ v. a. der großen, transnationalen Kapitalgesellschaften. Daher ist der Einzige, der Gemeinschaftsinteressen auch in diesem Fall effektiv und effizient wahrnehmen kann, der hoheitliche Staat.

Immerhin schätzt John Ruggie die Aussichten darauf einigermaßen hoffnungsvoll ein. "Langfristig (...) denke ich, dass sich die Krise positiv auf die Menschenrechte auswirken wird, besonders auf die wirtschaftlichen und sozialen Rechte. Die Krise hat die Regierungen eine wichtige Lektion gelehrt: Es gibt Dinge, die nur Regierungen leisten können. Über 30 Jahre war in meinem Land (den USA; Anm.) der politische Slogan: Die Regierung ist nicht die Lösung, sie ist das Problem. Die Menschen sagen das nun nicht mehr. Sie sehen die Regierung zunehmend als Teil der Lösung. Das ist eine wichtige Veränderung."¹⁵

In diesem Licht ist der gesetzliche Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung zu fordern – auch bei der Festsetzung der Vorstandsentgelte, Investitionen und Gewinnverwendung.¹⁶ Zudem sollte die unverbindliche (Marketing-Gag-artige) Corporate Social Responsibility durch eine verbindliche Corporate Accountability (CorA) – entsprechende Auflagen des Staates betreffend Soziales und Umwelt – ersetzt bzw. ergänzt werden. Außerdem müssen soziale Grundrechte prinzipiell über den Regeln des EU-Binnenmarktes stehen; das vereinte Europa darf nicht auf dem sozialen Auge blind sein. Nicht zuletzt, sondern als Vorreiter soll sich der Staat in seiner Beschaffungspolitik zur Einbeziehung gesellschaftlich relevanter Entscheidungskriterien für seine Auftragsvergaben an Unternehmen verpflichten.¹⁷

Letztendlich soll wieder jener Unternehmer/Manager ein guter Unternehmer/Manager sein, der (wie in Österreich v. a. bis Anfang der 1980er Jahre) seine MitarbeiterInnen auch in krisenhaften Lagen weiter beschäftigt.

2.2. Regulierung als Norm, nicht Ausnahme

Märkte sind im Grund das effizienteste System zur Produktion und Verteilung von Gütern – falls diese "private Güter" sind (d. h., falls man andere effizient vom Mitgebrauch dieser Güter ausschließen kann). Nach neoliberaler Auffassung funktioniert jeder Markt ähnlich perfekt, wie dies das Modell des vollkommenen Wettbewerbs nahe legt, bzw. könne jeder Markt mittels allgemeiner Wettbewerbsordnung zu ähnlichen Ergebnissen veranlasst werden wie bei vollkommenem Wettbewerb. Allerdings besagt schon der Ordoliberalismus (einer der Grundpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft), dass es einer Wirtschaftsordnung bedarf, die neben den Marktformen sowohl die Produkte als auch das Produzentenverhalten regeln müsse. Doch selbst unter solchen Voraussetzungen ist das Bessere der Feind

des Guten, können die Marktergebnisse durch spezielle Vorschriften und Verhaltensanreize auf einem einzelnen Markt je nach den Eigenheiten des jeweiligen Gutes oder Marktes noch verbessert werden. Funktionsfähiger Wettbewerb ergibt sich daher aus keiner einfachen Generallösung (wie etwa Liberalisierung). Wettbewerb um des Wettbewerbs oder um der Zurückdrängung des Staatseinflusses willen muss also weder eine notwendige noch eine hinreichende Bedingung für die bestmögliche Funktionsfähigkeit eines Marktes sein. So gibt es Probleme mit zu viel oder zu wenig, unwirksamem oder unerwünscht wirkendem Wettbewerb.¹⁸ Wenn sich jemand, wie so oft üblich, kategorisch gegen (weitgehende) staatliche Interventionen in den Marktmechanismus wendet, hat er oder sie die neoliberale Brille auf, mit der man die realen Märkte als jene Modellmärkte ansieht, die – theoretisch – mittels Liberalisierung und Wettbewerb perfektionierbar sind. Das erfasst aber oft die komplizierte Realität nicht. MarktteilnehmerInnen brauchen also konkrete, spezifische und effektive Regeln, um die Vorteile des Marktes erst bestmöglich nützen zu können.

Ein ganz spezifischer Markt ist der Finanzmarkt. Das liegt an der leistungsfähigen und rasanten Kommunikationstechnologie und (nahezu) uneingeschränkten internationalen Mobilität des Finanzkapitals, das mit ebensolcher Rasanz und daher mit geringer Erfass- und Kontrollierbarkeit verschoben werden kann und größtenteils auch wird. Gerade deswegen galt er lange Zeit als Inbegriff eines effizienten (auktionsähnlichen) Marktes. Diese Auffassung wird schon seit Jahren vor dieser Krise (beginnend mit den Finanzkrisen verschiedener Länder und Regionen in den 1990er Jahren) immer weniger geteilt. Auch hier setzt sich langsam und unaufhaltsam die Auffassung durch, dass ein Markt kein anonymer Automatismus, sondern ein von Menschen betriebenes System sei. Unter dem Motto (eigentlich dem Deckmantel) der bedarfsgerechten Finanzinnovation sind, zur – vorgeblichen – Effizienzsteigerung, Risikostreuung und -absicherung, seit den 1980er Jahren immer mehr komplizierte Finanzprodukte auf den Markt gekommen. Das hat allerdings zu wesentlicher Undurchsichtigkeit, zu nahezu völliger Regelungslosigkeit und riesigen Kontrollfreiräumen geführt. Finanzinnovation und Produktdiversifizierung sind zum Fluchtvehikel aus staatlicher Aufsicht und Regulierung geworden.¹⁹ Das bildete schließlich die Voraussetzungen für exzessiv riskantes Spekulationsverhalten – auch, und nicht zuletzt, zu Lasten Dritter.²⁰

Im Übrigen setzen Finanzinstitute ihre wenig transparenten Geschäfte fort, als ob dadurch keine Krise entstanden wäre.²¹ Und sie dürfen es. Ein Beispiel: "Auf 369 Seiten hat die EU unter dem Titel Solvency II ein umfangreiches Regelwerk für die Versicherungswirtschaft erstellt. Die entscheidenden Bereiche werden allerdings nicht berührt. In den Rahmenbedingungen für die Assekuranz sollten die wesentlichen Punkte präzisiert werden. Zu erwarten wären daher Bestimmungen, die beispielsweise lauten könnten: Die Kapitalanlagen müssen mindestens die Kosten der Leistungen und der Reservierungen eines Jahres decken. Spekulative Kapitalanlagen sind untersagt, Kapitalanlagen sind vorsichtig zu bewerten, Prämien sind durch Statistiken zu begründen. Die EU betont hingegen ausdrücklich, dass weder die Gemeinschaft noch die einzelnen Staaten Vorschriften in diesen vier Bereichen erlassen dürfen. Das würde die liberalen Grundsätze der EU verletzen. Die Aufsichtsbehörden werden allerdings zu Übervorständen aufgewertet",²² was immerhin zu Problemen mit der Mitverantwortung führen kann.

Und damit noch nicht genug. "Ratingagenturen, so eine wichtige Lektion der Krise, sind so wichtig, dass sie unter staatliche Aufsicht gestellt werden müssen. Doch die derzeit gängigen Vorschläge dazu greifen allesamt zu kurz, schreibt Amadou Sy in einem Diskussionspapier. Der Ökonom des Internationalen Währungsfonds kritisiert vor allem, dass die bisherigen Vorschläge zur Regulierung der Branche nur darauf fokussiert seien, die Qualität der einzelnen Ratings zu verbessern – durch mehr Transparenz und die Beseitigung von Interessenkonflikten. Weil dabei die individuellen Akteure im Zentrum stehen, sprechen Fachleute von mikro-zentrierter Regulierung (*micro prudential regulation*). All dies sei zwar richtig und wichtig, betont Sy – aber es reiche längst nicht aus. Denn die Krise habe gezeigt, dass die Finanzmärkte mehr sind als die Summe ihrer Teile. Daher müssten zusätzlich die Interdependenzen und Risiken des Gesamtsystems erfasst und überprüft werden."²³

Allerdings lassen die Bestrebungen der G20 und der EU erkennen, wie wenig sie (auf Drängen v. a. Großbritanniens und zumindest der Bush-USA) an einer effektiven Finanzmarktkontrolle – geschweige denn Regulierung – interessiert sind: "Eine Enttäuschung auf der ganzen Linie." – Ein "Placebo." – "Und wenn wir weiterhin zulassen, dass Finanzinstitutionen überall auf der Welt rücksichts- und verantwortungslos handeln, bleiben wir im Kreislauf von Finanzblasen und deren Zerplatzen gefangen."²⁴

Ich verlange daher eine lückenlose Schließung der Erfassungs-, Regulierungs- und Kontrollfreiräume (v. a. des Derivat- und außerbilanzielle Bereichs²⁵), gesetzliche Qualitätsvoraussetzungen für einschlägige ProfessionistInnen (einschließlich Rating-Agenturen), faire und rechtssichere Haftungsregeln, staatliche Zulassungsverfahren für Finanzprodukte, Aufwertung der inner- und außerbetrieblichen Kontrolleinrichtungen für Finanzunternehmen aller Art, notfalls Schließung der Derivatbörsen, Besteuerung von Finanzvermögenstransaktionen und realisierten Vermögenszuwächsen, stärkere Beschränkung von Gewinnausschüttungen zur Stärkung des Eigenkapitals, die Senkung der Eigenkapitalerfordernisse in Finanzkrisen und den Boykott aller Steueroasen für Einkommen und Vermögen.

2.3. Gemeinwirtschaft ernst nehmen und schützen

Neben den erwähnten "privaten Gütern" gibt es "öffentliche Güter", die Gemeinschaftsinteressen erfüllen (charakterisiert durch Nichtausschließbarkeit vom Mitgebrauch dieser Güter durch Dritte). Überdies gibt es private Güter mit privaten und zugleich "externen Nutzen" (für unbeteiligte Dritte). Dadurch erlangen diese privaten Güter ("meritorische Güter") auch gesamtwirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung. Allerdings werden durch den Mechanismus eines Wettbewerbsmarktes die auch für die Allgemeinheit erbrachten externen Nutzen ihrem BereitstellerInnen nicht entgolten. Dazu ist – aus Effizienzgründen – der Staat berufen: Er besorgt unmittelbar die "Internalisierung der externen Nutzen".²⁶

Auf dieser analytischen Basis lässt sich jeder gemeinwirtschaftliche Wirtschaftsbereich (das soziale und gleichmäßige Versorgungsmotiv) von der Erwerbswirtschaftlichkeit (vom Gewinnmotiv) abgrenzen. Überall, wo Güter mit dem Charakter eines öffentlichen Gutes produziert werden und wo gesamtwirtschaftlich und gesellschaftlich erhebliche externe Nutzen (analog auch externe Kosten) im Spiel sind, die mittels Auflagen, Subventionen oder Gütersteuern nicht effizient internalisiert werden können, haben Privateigentum und Privatbeteiligungen mit Gewinninteressen an Versorgungsunternehmen nichts verloren. Sonst hieße es, den Auftrag der Gemeinwirtschaft nicht ernst zu nehmen, der Öffentlichkeit etwas vorzumachen und die KonsumentInnen mittelbar zu übervorteilen.²⁷ Die Produktionsbereiche der Daseinsvorsorge (v. a. Energie- und Wasserversorgung, Gesundheit, Bildung, öffentlicher Verkehr) müssen von hinderlichem Gewinndruck (und solcherart geschmälernten Investitions- und Preissenkungsmöglichkeiten) befreit

werden. Aus diesem Blickwinkel ist die tendenzielle Wiedervergesellschaftung (erneute Verstaatlichung) jener Versorgungsunternehmen zu diskutieren, die (auch) einen gemeinwirtschaftlichen Auftrag haben. Zumindest soll der Staat eine qualifizierte Minderheitsposition als Miteigentümer an Versorgungsunternehmen innehaben, um die Strategie wenigstens defensiv mitbestimmen und Schlimmes vermeiden zu können. Es besteht allerdings das Problem, dass der Staat dem autonomen Vorstand einer AG die Versorgungsstrategie nicht wirksam vorschreiben kann. Unter diesem Aspekt wäre qualifiziertes Mehrheits- oder Alleineigentum vorzuziehen. Jedenfalls muss die EU präzisieren und sicherstellen, dass alle gemeinwirtschaftlichen Aktivitäten in die Kategorien "Dienste von allgemeinem Interesse" und "Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse" eingereiht werden und ihnen gegenüber der volle wirtschaftspolitische Spielraum – abseits sonstiger Liberalisierung – erhalten oder wieder gewonnen wird. "Selektive, indirekte Industriepolitik (SIIP)" muss möglich sein.²⁸

Aus der volkswirtschaftlich zentralen Position, die den Banken allein schon durch die jüngsten staatlichen Rettungsaktionen zuerkannt wurde, ist abzuleiten, dass Banken eine gemeinwirtschaftliche Aufgabenstellung haben. Daher ist vorzuschlagen, den Banken die faktisch wertlosen Wertpapiere ("giftige Papiere", "Ramschpapiere") gegen stimmberechtigte Bankaktien zu akzeptablen Preisen abzukaufen.²⁹ Wie wichtig Miteigentümerkontrolle und strategischer Einfluss des Staates im Finanzbereich wären, zeigen die Unwilligkeit der Banken zur Aufnahme von Staatskrediten und Annahme von Staatsbürgschaften sowie ihr Bestreben, aus diesen Bindungen möglichst schnell wieder herauszukommen.

2.4. Arbeitsbeziehungen ausgewogen sehen und gestalten

Neoklassische Wachstumsmodelle stellen engsichtig auf die Finanzierbarkeit von Investitionen ab. So kann man beispielhaft lesen, "ein niedriges Lohnwachstum hält die Kapitalrendite aufrecht".³⁰ Mehr Erwerbsbeteiligung und Produktion sei über reale Lohnsenkungen zu erreichen und führe letztlich wieder zu Lohnsteigerungen. Doch eine Wettbewerbswirtschaft mit einem liberalen Arbeitsmarkt macht Arbeit in problematischer Weise zu einem Produktionsfaktor wie jeder andere. Nicht die Belastung der Arbeit (das jeweilige "Arbeitsleid"), sondern die Qualifikation (oft oberflächlich auch bloß formelle Qualifikation) bestimmt die vergleichsweise Lohnhöhe hauptsächlich. Der Beitrag einer Arbeitskraft oder Arbeitsstunde zum

Umsatz (und Unternehmenserfolg) ist in einer modernen, komplizierten Wirtschaft ohnedies kaum gut feststellbar. Trotz moralischer Appelle oder Lippenbekenntnisse der Art "unsere Belegschaft ist unser wertvollstes Kapital" wird in der Öffentlichkeit jener vorgebliche Sachzwang verankert und jenes Klima geschaffen, woraus sich die Auffassung und Forderung einer maximalen Flexibilisierung und minimalen Entlohnung ergeben. Noch dazu werden solche Auffassungen unter dem ständigen Druck unserer Konkurrenzgesellschaft vielfach auch von den Arbeitskräften selbst verinnerlicht. Sie ergeben sich in ihr vermeintliches Schicksal. Nicht nur Frustration, sondern psychosomatische Erkrankungen und Leistungsbeeinträchtigungen, Einkommensprobleme und überhaupt schlechte Lebensbedingungen sind die Folge.³¹

Das zeitigt negative Konsequenzen auch für die Wirtschaft (Nachfrageschwäche, Spekulationsbedrohung, Überforderung, Qualitätseinbußen und Arbeitsausfälle) und für die Gesellschaft (Unglück ist ansteckend). Nicht zu Unrecht bemerkte Christoph Leitzl einmal, "Wenn man mit einem Partner eine langfristige Zusammenarbeit aufbauen will, muss man auf Empfindlichkeiten Rücksicht nehmen", und fordert eine "humane Marktwirtschaft", damit die Menschen die Globalisierung nicht zu fürchten bräuchten.³² Doch den Worten müssten auch Taten folgen. Auf wissenschaftlicher Seite weisen die Theorie der Effizienzlöhne und die Theorie langfristiger Arbeitsverträge auf die Vorzüge hin, die eine höhere Entlohnung und festere Bindung der Belegschaft an das Unternehmen für die Wirtschaft haben. Doch in der Praxis überwiegt auf breiter Ebene die kurzfristige und kurzsichtige Denkkategorie "Arbeitskostenminimierung" (teils auch im öffentlichen Dienst). Wegen der relativ hohen internationalen Mobilität von Kapital (v. a. Finanzkapital) und der in neoliberalen Zeiten hohen Arbeitslosigkeit und relativen Machtlosigkeit der Arbeitskraft dominiert das Kapital das Wirtschafts- und Politikgeschehen. All das zeigt die Notwendigkeit und Bedeutung von kollektiver, gewerkschaftlicher Organisation der Beschäftigteninteressen – nicht zuletzt als eine Facette der gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gemeinschaftsanliegen.

Demnach stelle man sich gegen die tendenzielle Entwicklung von (tatsächlich unfreiwilliger) Teilzeitarbeit und Leiharbeit zur Norm, gegen überzogene und weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, gegen Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse und Lohnminimierung (auch in der Krise) sowie gegen unzumutbare

Zumutbarkeitsbestimmungen bei der Arbeitsannahme und unzumutbare Einkommensersatzquoten beim Arbeitslosengeld – wohl gemerkt, aus allgemeinem Interesse. Man muss weg von der generell überwiegenden Schuldzuweisung an die Arbeitslosen wegen ihrer Arbeitslosigkeit. Man fordere, dass Arbeitslosigkeit weder verniedlicht noch versteckt wird, sondern zum zentralen Ansatzpunkt jedweder Wirtschaftspolitik wird. Denn Arbeitslosigkeit ist Verschwendung von Fähigkeiten und Chancen, Wohlstand und Wohlergehen.

Das hat sehr viel mit überzogenem Wettbewerb und mit stark ungleicher Verteilung von Arbeit, Einkommen, Vermögen und Lebenschancen zu tun. "Wenn ein Arbeitender wegen wachsender Produktivität immer mehr herstellen kann, warum soll er dann immer weniger konsumieren, weniger Freizeit haben, aus seinem geminderten Lohn eine private Versicherung eingehen? Warum müssen dann die Altersrenten gesenkt werden, die öffentlichen Einrichtungen geschlossen werden? Warum kann dann das öffentliche Gesundheitswesen nicht mehr finanziert werden? Wenn all dies nur deswegen sein muss, weil wir uns dem internationalen Wettbewerb stellen müssen, und wenn der Lebensstandard in den konkurrierenden Ländern deswegen vermindert werden muss, weil sich diese demselben internationalen Wettbewerb stellen müssen, brauchen wir dann diesen Wettbewerb? Muss dann nicht nach einer politischen Organisation für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen gesucht werden? Und wenn das System nur bei hoher Kapitalrentabilität und hoher Armut funktionieren kann, ist dann nicht nach einem System, und sei es auch nur nach einem Mischsystem zu suchen, das es uns ermöglicht, die gestellte Frage zu lösen? Vor 30 Jahren wurden klarere Debatten als jetzt geführt."³³

2.5. Verteilung pragmatischer behandeln

Wie man es auch rechnet und welche Einwände man dagegen auch berücksichtigt – das Ergebnis bleibt stabil: Der Anteil der Arbeitseinkommen ist zu Gunsten der Einkommen aus Besitz und Unternehmung in den vergangenen drei Jahrzehnten zurückgegangen, und zwar massiv, um mehr als zehn Prozentpunkte des Volkseinkommens.³⁴ Dazu kommt, dass durch neoliberale Reformen die soziale Sicherheit verringert wurde und man sich privat und ungesichert dem Finanzmarkt anvertrauen musste, um die Verringerung staatlicher Versicherungsleistungen auszugleichen – und dabei in vielen Fällen zu verlieren. Nicht unbedeutend war auch

die Entwicklung des Steuersystems zum Vorteil von Vermögenden, (internationalen) Kapitalgesellschaften, höchsten und höheren (jüngst bis mittleren) Einkommen seit Ende der 1980er Jahre. All das bleibt nicht ohne volkswirtschaftliche und soziale Folgen.

Viele Studien, manche meinen die allermeisten, sehen eine eher gleiche Verteilung entweder als nicht wachstumsschädlich oder sogar als wachstumsförderlich an. Doch allein diese Meinungsverschiedenheit wird in der wissenschaftlichen Gemeinde missachtet und schon gar in einer breiteren Öffentlichkeit verschwiegen.³⁵ Statt dessen wird Ungleichheit entweder als nötige Voraussetzung für Leistung und Kreativität, Innovation und Fortschritt propagiert oder als leistungsgerechte Verteilung gemäß dem Beitrag des Individuums zur Wertschöpfung gerechtfertigt.³⁶ Dabei wird allzu gern "übersehen", dass Chancengerechtigkeit für den Leistungswettbewerb fehlt, und zwar auf Grund von fehlender Erbschaftsbesteuerung und asymmetrischem Bildungssystem, aber auch wegen unterschiedlichen Sozialkapitals (d. h., "Beziehungen" zu haben oder nicht). Das entzieht der Ungleichheit die ökonomische Rechtfertigung und die ethische Gerechtigkeitsnote.

Zudem sind extreme Wohlfahrtsunterschiede der gesellschaftlichen Integration – von beiden Seiten her nicht förderlich: von den Starken wie den Schwachen. Das kann seriös nicht mit der Floskel "nur keine Neiddebatte!" abgetan werden. "Die Soziale Marktwirtschaft hat uns gezeigt: Solidarität ist nicht Mitleid. Solidarität ist Selbsthilfe. Wenn das Band zwischen Oben und Unten Halt gibt, dann kommt Kraft in eine Gesellschaft. Und mit ihr die Fähigkeit, auch scheinbar unlösbare Aufgaben zu bewältigen. Das ist die Lehre aus unserer Geschichte. Arbeit, Kapital und Nachhaltigkeit gehören zusammen. Bei uns. Und überall."³⁷

Prinzipiell zu fordern ist eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik (d. h. ausgerichtet an Inflations- plus Produktivitätsfortschritts-Rate); sie hält die Einkommensverteilung zwischen Arbeit und Kapital auf dem Markt stabil. Darüber hinaus ist ernsthaft zu debattieren und wirklich umzusetzen, den langjährig angesammelten, großen Rückstand der Arbeitskraft in der Einkommensverteilung wieder aufzuholen. Was dabei nicht über den Markt funktioniert, muss letztlich wohl durch staatliche Umverteilung ergänzt werden. Wo sonst soll die für das allgemeine Wachstum erforderliche Kaufkraft herkommen?³⁸ Die ganze Welt kann nicht von

Exportüberschüssen leben, solange wir nicht Mond- oder Marsmenschen im Export überflügeln können.

2.6. Steuerstruktur fairer diskutieren und anlegen

Die aktuelle Studie von Monica Prasad und Yingying Deng ist nicht die erste, die nach genauerem Hinsehen dem Steuersystem in Europa – mit Ausnahme Großbritanniens – eine geringere Progressivität (Umverteilungsintensität von oben nach unten) bescheinigt als dem in den USA.³⁹ Zu Recht wird darin zum wiederholten Mal festgestellt, dass scheinbar progressive Steuertarife im Rahmen aller einschlägigen (Ausnahme-)Bestimmungen nicht unbedingt progressiv wirken müssen, sondern auch regressiv ausfallen können (in Österreich ist etwa der effektive durchschnittliche Einkommensteuersatz kaum höher als der Eingangssteuersatz der Einkommensteuer). Dasselbe gilt analog umgekehrt für einheitliche, einkommensunabhängige Tarife, wenn berücksichtigt wird, ob Arme oder Reiche von der jeweiligen Steuer betroffen sind (eine Mehrwertsteuererhöhung würde in jedem Fall regressiv sein, eine Vermögensteuer für wahrhaft Vermögende sicherlich progressiv). Immerhin wird dieser umverteilungspolitischen Schiefelage der Steuerbestimmungen in Europa weitgehend durch eine stärkere sozialstaatliche Ausrichtung entgegengewirkt. Die sozialstaatlich betonte Ausgabenseite ist zwar zu begrüßen, doch sie rechtfertigt die Unzulänglichkeit auf der Abgabenseite nicht. Österreich hat OECD-weit die schwächste Vermögensbesteuerung mit einem Aufkommensanteil von 0,55 % 2005 nach 1,12 % 1980 (OECD 1,92 % 2005), und das im Vergleich zum österreichischen Abgabenaufkommen an Erwerbseinkommen von 29,0 % 2005 (25,2 % 1980).⁴⁰

"Zur Sicherstellung einer gerechten Besteuerung müssen daher Einkommensteuern an den finanziellen Möglichkeiten der betroffenen steuerpflichtigen Personen orientiert sein, im gesamten Staatsgebiet für alle die gleiche Geltung haben und vor allem auch tatsächlich auf alle Formen von Einkommen Anwendung finden. Diese Ansprüche sind auch in den in der finanzwissenschaftlichen Literatur immer wiederkehrenden (...) ethisch-sozialpolitischen Prinzipien der Allgemeinheit, Gleichmäßigkeit und Verhältnismäßigkeit zur Formulierung von allgemeinen Leitlinien der Besteuerung enthalten. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beschreibt das allseits anerkannte und (bisher) unwidersprochen akzeptierte Prinzip der Leistungsfähigkeit, wonach die Steuerlast je nach den individuellen

wirtschaftlichen Leistungsfähigkeiten der jeweiligen Wirtschaftssubjekte verteilt werden sollte."⁴¹

Dem ist inhaltlich nichts hinzuzufügen. Doch solange Falschmeldungen getrommelt werden, wie "die Partei X oder S steuert Ihre Sparbücher weg" oder "die Krise ist die schlechteste Zeit, über Steuererhöhungen zu reden", bleibt eine Wiedereinführung einer allgemeinen Vermögensbesteuerung – bloß für Superreiche – vorerst noch ein politisches Harakiri (bis versucht wird, die nun erhöhte Staatsverschuldung über brutale Ausgabeneinsparungen abzubauen). Bei der Abschaffung der allgemeinen Vermögenssteuer wurde argumentiert, sie solle nicht "auf die Substanz der Unternehmen gehen".⁴² Doch erstens geht jede Vermögenssteuer auf das Eigenkapital (das kann doch kein Killerargument sein), und zweitens können auch hier Regelungen gefunden werden, die das unmittelbare Produktivvermögen und Unternehmen in kritischen Phasen bei schweren Verlusten schonen. Generell soll Vermögensteuer nur jene belasten, für deren Nettovermögen der Steuersatz (bei der Abschaffung 1993 1 %) wegen Reichtums nahezu unmerklich wirkt. Warum sollten gerade die am meisten Vermögenden am wenigsten zur Finanzierung der gesellschaftlichen Angelegenheiten beitragen (das gilt freilich auch für Länder, die Steueroasen sind)? Vermögensbesteuerung sei leistungs- und somit wachstumsfeindlich, ist in den Daten nicht nachzuvollziehen und steht dem Trend der verstärkten Vermögensbesteuerung in den zehn wirtschaftlich potentesten OECD-Staaten entgegen.⁴³

Unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen sind Steuern zur stärkeren Gleichbehandlung der Produktionsfaktoren, auf den Vermögenszuwachs und den Vermögenstransfer vorzuschlagen: Anpassung der Stiftungsbesteuerung an die Bestimmungen für Kapitalgesellschaften, bei Gewinnrealisierung eine Vermögenszuwachssteuer auf Wertpapiere, Devisen und Realvermögen, bei Verschiebungen von Finanzvermögen eine Finanztransaktionssteuer. Ergänzend dazu ist Spekulation mit sensiblen Gütern wie Nahrungsmitteln (-rohstoffen), Energieträgern und Wasser zumindest klar zu regeln und streng zu kontrollieren. Bei allen Vorschlägen sind jeweils ökonomisch und sozial sinnvolle Ausnahmen vorzusehen (Details würden den Rahmen dieser Überblicksarbeit sprengen).⁴⁴ Managemententgelte sollten nur bis zu einer bestimmten Obergrenze steuerlich als Betriebsausgaben geltend gemacht werden können. V. a. aber sind Steueroasen

unter effektiven politischen Druck zu setzen und EU-Mindeststeuersätze zu definieren.⁴⁵

2.7. Stabilisierung sinnvoll auslegen und konsequent umsetzen

"Wir werden entschlossen handeln, um die amerikanische Wirtschaft aus der Krise zu bringen und unsere regulatorische Struktur zu reformieren, und diese Maßnahmen werden durch komplementäre Schritte im Ausland gestärkt. Zunächst müssen wir schnell handeln, um das Wachstum zu stimulieren."⁴⁶ Es steht allerdings zu befürchten, dass die Stabilisierungsmaßnahmen monetärer und budgetärer Art zu zögerlich und zu zaghaft in Angriff genommen wurden und sich dadurch der Stabilisierungsbedarf erhöht bzw. die Stabilisierung verteuert. Kritik am Stabilisierungsversagen der EU und so manchen Nationalstaats übt etwa Markus Marterbauer.⁴⁷ Deshalb sollte unser Konjunkturprogramm – unter Berücksichtigung der Finanzierungsengpässe der Gemeinden und unter Missachtung des Budgetkonsolidierungsdrucks seitens der EU-Kommission – noch wesentlich erweitert werden: und zwar als ein Akt wohl verstandener Sparsamkeit. WIFO-Chef Aiginger hält bis 2010 weiterhin gezielte Konjunkturpakete für nötig (freilich beruhend auf einem optimistisch vom WIFO prognostizierten leichten Wachstum gegen Ende 2009).⁴⁸

Allerdings sollte nicht die Wachstumsrate des laufenden realen Bruttoinlandsprodukts als Maßstab für die Dimensionierung der Konjunkturstabilisierung verwendet werden (schon erste kleine positive Zuwachsraten könnten fälschlich als Ende der Krise angesehen werden und Krisen verstärkende Politikreaktionen provozieren). Der Arbeitsmarkt wird naturgemäß wesentlich länger betroffen sein. Folglich ist eine bestimmte niedrige Arbeitslosenquote als Zielgröße der Stabilisierungspolitik zu fixieren. Steuermaßnahmen wie die oben vorgeschlagenen würgen die Konjunktur nicht ab, sondern helfen gebühlich, ihre Belegung zu finanzieren.

2.8. Sicherheit Einzelner vor Unbill ihres ökonomischen Schicksals

In einer Leistungsgesellschaft ist Arbeitslosigkeit meist eine Demütigung, bescheinigt sie doch pauschal persönliche Unzulänglichkeit und Versagen. Das bringt neben der materiellen Problematik (und in der Konsumgesellschaft durch sie verstärkt)

gesellschaftliche Isolation mit sich. Doch die Menschenwürde und Akzeptanz Arbeitsloser muss gewahrt werden. Dann ist Solidarität – soziale Sicherheit und Integration – eine Konsequenz daraus.⁴⁹ Seit mehr als zehn Jahren sehen selbst US-Ökonomen die sich polarisierende Einkommens- und Vermögensverteilung als Problempotenzial. Sie fürchteten um die strikte Fortsetzung des liberalisierten Systems und um die erzielte Globalisierung der Finanz- und Gütermärkte. Diese Befürchtung ist – nach langer Verdrängung – nun eine konkrete Herausforderung geworden. Das lässt sogar manchen Wirtschaftsliberalen für vermehrte soziale Absicherung plädieren.⁵⁰ In einer Gesellschaft mit hohen Fixausgaben für Wohnen, Mobilität, Versicherungen etc. wirkt sich auch eine relativ geringe Abnahme des verfügbaren Einkommens v. a. in Haushalten von AlleinverdienerInnen mit Kindern und von prekär Beschäftigten stark nutzenschmälernd und armutsgefährdend aus (Neue Armut). Diese Problematik stellt sich auch bei Kurzarbeit, Umkündigungen und ohnehin schon prekären Beschäftigungsverhältnissen, wie Leih- und Teilzeitarbeit, sowie bei langen und teuren Pendelfahrten zu schlecht bezahlten Arbeitsstellen. Sogar die Reduktion des Konsumniveaus ist sehr kostenträchtig (Nachteile aus Vertragskündigung, Immobilität und Mobilitätserfordernissen).

Flexibilität soll ihre Grenzen spätestens dort haben, wo lange und verlängerte Lebensarbeitszeit zu altersbedingter Dauerarbeitslosigkeit und Armut führt, dort, wo Flexibilität kränkt, krank macht und letztlich auch der Wirtschaft schadet. Das gilt insbesondere, weil auf den liberalisierten europäischen Arbeitsmärkten die Unzufriedenheit markant ist und andererseits Jobsicherungsregulierungen ihre positive Wirkung auf das Soziale und (im Weg besserer Personalaufnahmeentscheidungen) auf die Produktivität ausüben.⁵¹

Längst hat sich aus zahlreichen Studien ergeben, dass die Mehrheit der Wählerschaft (der "Medianwähler"), die zugleich nicht den hohen Einkommen zugehörig ist, nicht aus egoistischer Perspektive die Einkommen extrem umverteilt.⁵² Insofern kann nicht von einer Mehrheitsdiktatur des Sozialen gesprochen werden (im Gegenteil, die neoliberale Denkweise entscheidet merklich mit). Eine menschenwürdige Absicherung ist zudem ein Mittel gegen Fremden- und Demokratiefeindlichkeit.⁵³

Aus diesen Blickwinkeln ist eine Imagekampagne für Arbeitslose zu verlangen, des Weiteren eine Erhöhung der Einkommensersatzquote von 55 auf mindestens 75 %,

eine lückenlos zuverlässige, an einem zumutbaren Bedarf orientierte Mindestsicherung, zumutbare Zumutbarkeitsbestimmungen für die Annahme von Arbeit als Anspruchsvoraussetzung für Arbeitslosengeld, einen leistungsfähigen und leistbaren öffentlichen Verkehr und notfalls einen subventionierten Individualverkehr.⁵⁴ Sozialleistungen und Staatskonsum (Leistungen und Einkommen öffentlich Bediensteter) sind weder als Verschwendung noch als Einsparungspotenzial Nummer eins für Budgetkonsolidierungen zu sehen (denken wir zudem an die Fairness der Steuerstruktur).

2.9. Geldpolitik neu orientieren und organisieren

Selbst auf der übernationalstaatlichen Ebene der EU lässt sich die Euroland-Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) demokratisieren. Zunächst einmal kann sie – ohne große Reformen rundherum – den Entscheidungen des Europäischen Rats untergeordnet werden. Längerfristig kann und soll das Europäische Parlament das Sagen haben. "Die europäischen Zentralbanker unterschätzen, wie sehr die Krise Europa beeinträchtigen wird", meint der als unkonventioneller Denker und früher Warner bekannte New Yorker Professor Nouriel Roubini.⁵⁵ Das ist meines Erachtens kein bloßes Prognoseproblem, sondern v. a. ein Problem der Personalauswahl, die meistens zu Gunsten der "Falken" (Hardliner) und zu Ungunsten der "Tauben" unter den KandidatInnen für eine Zentralbank-Präsidentschaft ausfällt. Stramm monetaristische/neoliberale Persönlichkeiten leiten die Geldpolitik eines riesigen Wirtschaftsraums zwar im Rahmen der allgemein gehaltenen Gesetze, aber innerhalb dieser weiten Grenzen doch autonom. Das kann als ein Beispiel der "Privatisierung der Wirtschaftsablaufpolitik" gelten: mit durchaus prognostizierbarem politischem Ergebnis. "Die EZB sorgt sich wie in der Vergangenheit zu sehr um die Inflation allein."⁵⁶

Geldpolitik soll generell an der Wachstums- und Beschäftigungssituation ausgerichtet werden. Dazu muss die Liquiditätsversorgung der produzierenden Wirtschaft für ihre Umsätze im Vordergrund stehen. Inflationsvermeidung sei hingegen den SozialpartnerInnen und Wirtschaftsministerien überantwortet.⁵⁷ Erst am 24. Juni 2009 rang sich die EZB dazu durch, mit einem neuen Instrument massiv und weit längerfristiger als bislang üblich unbegrenzte Liquidität zur Verfügung zu stellen (das will schon bzw. endlich etwas heißen). Die US-Zentralbank "Fed" verfolgt trotz erwarteter Konjunkturverbesserung weiterhin ihre expansive Geldpolitik.

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück warnt hingegen vor zu viel Expansivität und drohender Inflation.⁵⁸

Flankierend zu einer neu orientierten Geldpolitik müssen internationale Währungstransaktionen besteuert und kontrolliert werden, um die geld- und budgetpolitische Wirksamkeit zu steigern.⁵⁹ Langfristziel ist ein neues Weltwährungssystem (in Anlehnung an den Keynes-Plan von 1944) ohne die Abhängigkeit von einer nationalen Währung (wie dem US-Dollar) als Weltwirtschaftswährung.⁶⁰

2.10. Dreifältige (statt einfältiger) Nachhaltigkeit

Selbst die EU will Nachhaltigkeit der Entwicklung durch vier Zieldimensionen verfolgen: Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und sozialer Zusammenhang, wirtschaftlicher Wohlstand, internationale Verantwortung für Demokratie (zur Absicherung dieser Ziele und des bisher Erreichten).⁶¹ Warum wird dann Nachhaltigkeit so oft allein als Umwelterhaltung definiert (und in Bezug auf natürliche Ressourcen noch dazu oft dem Markt überlassen)? Zu fordern gilt es daher eine ebenbürtige Betonung des sozialen Ausgleichs und Friedens, der allgemeinen Wohlfahrt und Nachfragesicherung sowie der Wahrung der demokratischen Grundrechte durch die praktische Politik.

2.11. Bildung macht mündig und entscheidungsstark

Was nützt uns die Einführung einer expliziten politischen und ökonomischen Bildung, wenn darin dieselben Diskurse wie in den vergangenen 30 Jahren auf den Lippen geführt werden, ohne sie kritisch hinterfragen zu können oder zu wollen. Offenheit, Wissbegierde und Ausgewogenheit sind Voraussetzungen für ideale Forschung und Bildung. Wiederum ist hierbei auf einen heilsamen Impuls durch die Krise zu hoffen.⁶²

2.12. Die internationale Dimension

"Eine Kredit- und Vertrauenskrise ist über alle Grenzen hinweggefegt, mit Folgen für jeden Winkel der Erde. Zum ersten Mal seit einer Generation schrumpfen die globale Wirtschaft und der Handel. Billionen Dollar sind verloren, Banken vergeben keine Kredite mehr, und Abermillionen werden überall auf der Welt ihre Arbeit verlieren. Der Wohlstand einer jeden Nation ist in Gefahr, so wie die Stabilität von Regierungen

und das Überleben der Menschen in den verletzlichsten Teilen der Welt. (...) Eine Trennlinie zwischen Maßnahmen, die das Wachstum innerhalb unserer Grenzen wiederherstellen, und solchen, die es außerhalb stützen, gibt es nicht. Wenn die Menschen in anderen Ländern nicht konsumieren können, trocknen die Märkte aus (...). (So) sind wir ökonomisch, sicherheitspolitisch und moralisch verpflichtet, jenen Ländern und Menschen die Hand zu reichen, die vor den größten Risiken stehen. Wenden wir uns von ihnen ab, wird das von dieser Krise verursachte Leid nur größer, und unsere eigene Erholung verzögert sich, weil die Märkte für unsere Produkte noch weiter schrumpfen und noch mehr Arbeitsplätze in Amerika verloren gehen. (...) eine Rückkehr zum Status quo (ist) unmöglich."⁶³

"Die große Chance der Krise besteht darin, dass jetzt alle erkennen können: Keiner kann mehr dauerhaft Vorteil nur für sich schaffen. Die Menschheit sitzt in einem Boot. Und die in einem Boot sitzen, sollen sich helfen. Eigennutz im 21. Jahrhundert heißt: sich umeinander kümmern."⁶⁴

"Vor allem müssen PolitikerInnen begreifen, dass das Aufgeben der Handlungsmöglichkeiten zur Gestaltung der wirtschaftlichen Globalisierung ein großer Fehler und Teil der Ursache war, warum die Krise überhaupt erst passieren konnte. Die Politik darf die demokratische Kontrolle über die Weltwirtschaft nicht wieder aufgeben, sondern muss in Zukunft auf das Setzen der Spielregeln zu bestehen. Das würde die Globalisierung demokratischer und rechenschaftspflichtiger machen, auf die Sorgen der BürgerInnen mehr eingehen und deren neuer Rolle als letztendliche RisikoträgerInnen Rechnung tragen."⁶⁵

Es könnte um "eine sorgfältige Balancierung von weltweit koordinierter, örtlich dezentralisierter Regulierung einerseits und eines wirksamen zentralisierten Eingriffsmechanismus andererseits gehen".⁶⁶ Dennoch ist auch regional begrenzte Regulierung noch möglich und sinnvoll, denn die "Geografie der Finanzierung" ist der Globalisierung noch nicht ganz zum Opfer gefallen. Regionale Finanzmärkte sind nach wie vor bedeutend für die Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen, auch relativ selbstständiger Konzernunternehmen vor Ort und für die regionale Entwicklung insgesamt.⁶⁷ Bloß auf die internationale Politik zu warten, genügt also nicht.

3. Einsichten (statt Aussichten)

"Es gibt im Leben Augenblicke, da die Frage, ob man anders denken kann, als man denkt, und anders wahrnehmen kann, als man sieht, zum Weiterdenken oder Weiterschauen unentbehrlich ist."⁶⁸

"Freiheit ist ein Gut, das stark macht. Aber es darf nicht zum Recht des Stärkeren werden. Denn das ist der Haken an der Freiheit: Sie kann in denjenigen, die durch sie satt und stark geworden sind, den Keim der Selbstüberhebung legen. Und die Vorstellung, Freiheit sei auch ohne Verantwortung zu haben. Freiheit ist kein Vorrecht, die besten Plätze für sich selbst zu reservieren. Wir wollen lernen, Freiheit nicht nur für uns zu nehmen, sondern sie auch anderen zu ermöglichen. Die Glaubwürdigkeit der Freiheit ist messbar: in unserer Fähigkeit, Chancen zu teilen."⁶⁹

Abb. 1: Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts (1971-2010) und der Beschäftigung (1978-2009) in Österreich (Quellen: OECD, OECD-Prognosen für 2008-2011)

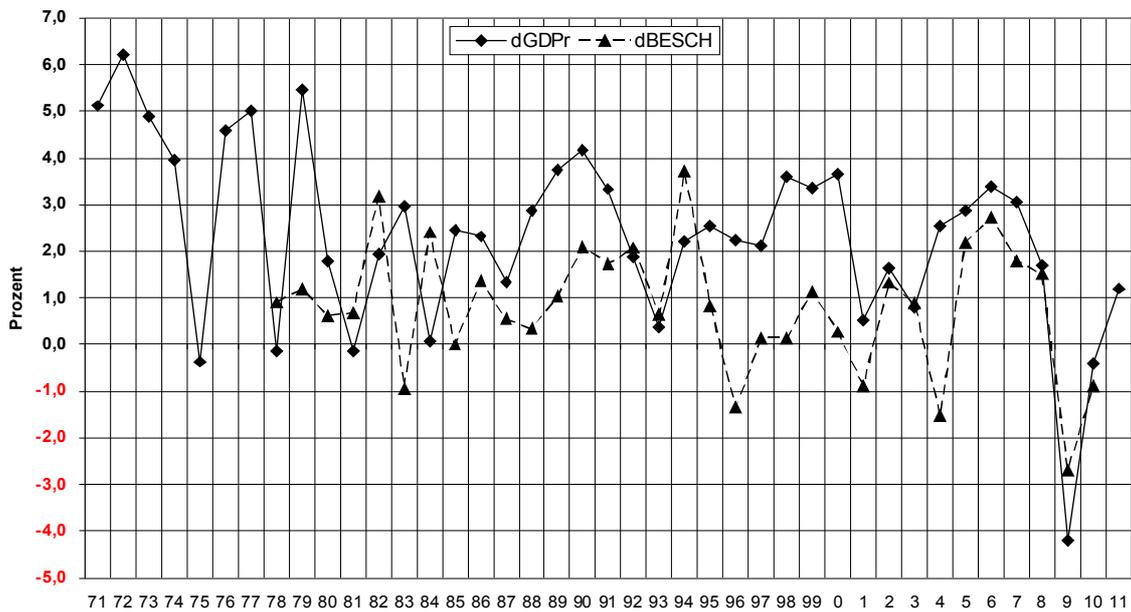
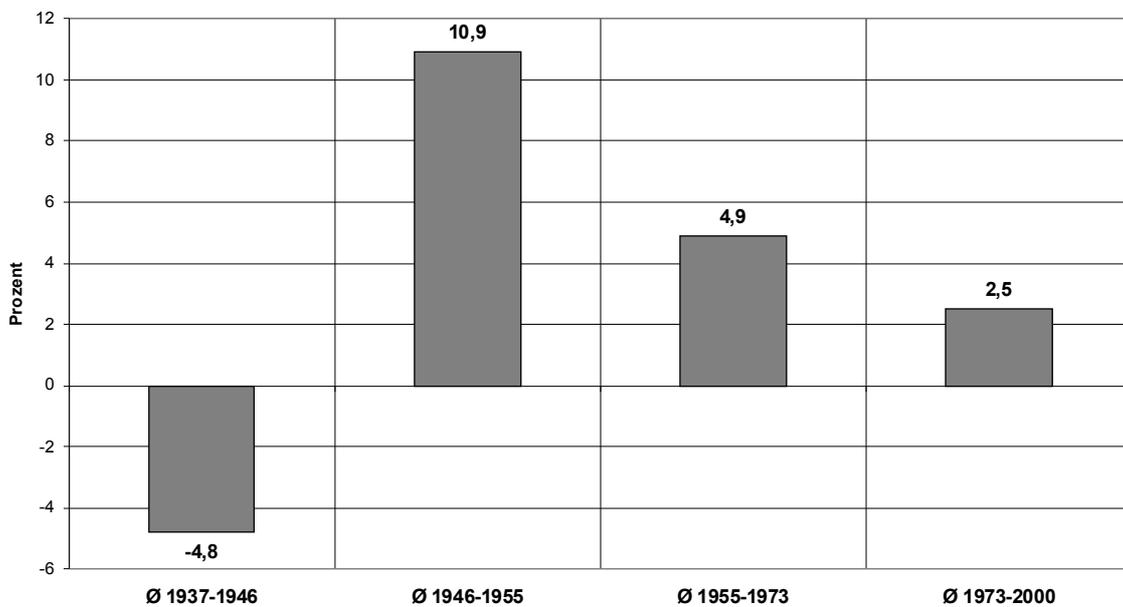
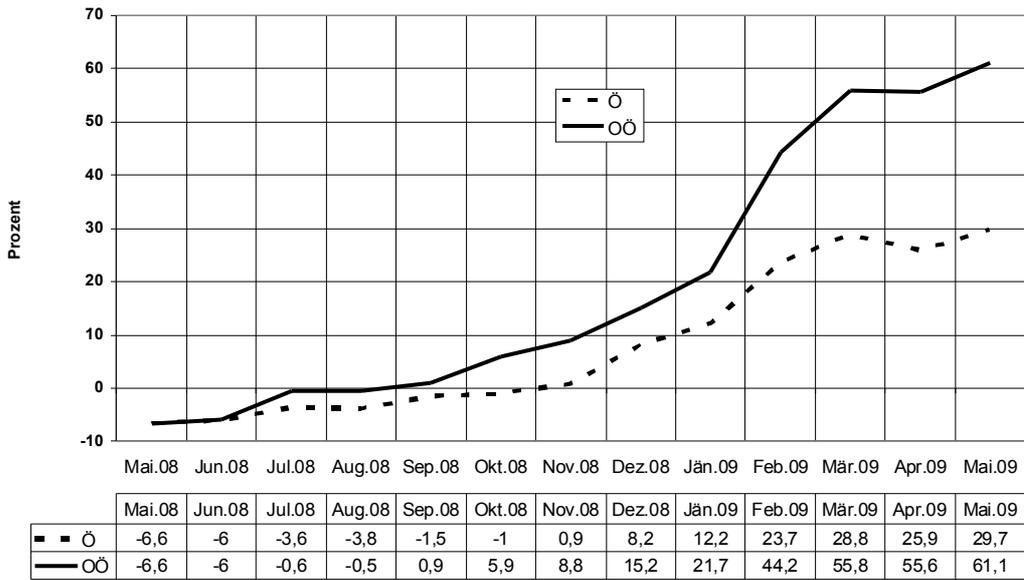


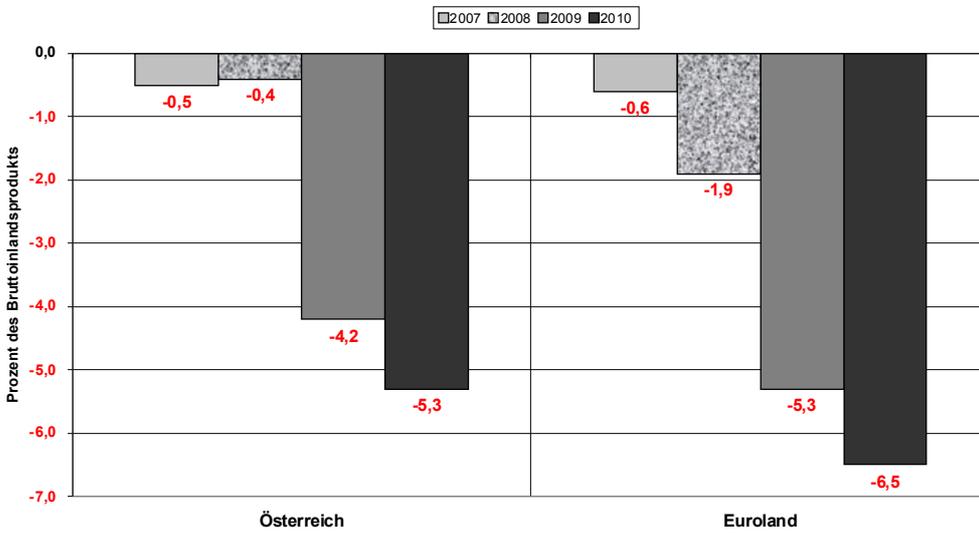
Abb. 2: Wachstumsrate des Bruttonationalprodukts Österreichs: Teilperiodendurchschnitte 1937-2000 (Seidel, H., Von Kriegsende bis Staatsvertrag, in: WIFO-Monatsberichte 12/2004, S. 901)



**Abb. 3: Zunahme der Arbeitslosen zum Vorjahresmonat in Österreich und Oberösterreich
Mai 2008 bis Mai 2009 (Quelle: www.arbeiterkammer.at)**



**Abb. 4: Budgetsaldo des Gesamtstaats Österreichs und Eurolands 2007-2010
(Quelle: Frühjahrsprognose 2009 der Europäischen Kommission, S. 40, 92)**



Anmerkungen

- ¹ Strobl, G., Mehr EU statt weniger, in: Der Standard, 18.6.2009, <http://derstandard.at/fs/1244460860469/Mehr-EU-statt-weniger>
Die Last der Konsumentenschuld wird bei der üblichen Feststellung von Armut und Ungleichheit nicht beachtet. Vgl. Pressman, S., Scott, R., Consumer Debt and the Measurement of Poverty and Inequality in the US, in: Review of Social Economy, Heft 2/2009, S. 127 ff.
- ² Häring, N., Nach der Krise ist vor der Krise, in: Handelsblatt.com, 17. 6. 2009, <http://www.handelsblatt.com/politik/wissenswert/nach-der-krise-ist-vor-der-krise;2361323>. Reinhart, C.M., Rogoff, K.S., Is the 2007 U.S. Sub-Prime Financial Crisis So Different? An International Historical Comparison, Arbeitspapier, Harvard University 2008.
- ³ Bartel, R., Weltwirtschaftskrise und Politikwechsel, in: Wirtschaft und Gesellschaft, Heft 2/2009, S. 145 ff.; Bhaduri, A., Understanding the financial crisis, Arbeitspapier 2009; Bartel, R., Der öffentliche Sektor in der Defensive, in: Wirtschaft und Gesellschaft, Heft 2/2007, S. 199 ff.; Arestis, P., Caner, A., Financial liberalization and the geography of poverty, in: Cambridge Journal of Regions, Economy and Society, Heft 2/2009, S. 229 ff.; French, S., Leyshon, A., Thrift, N., A very geographical crisis: the making and breaking of the 2007-2008 financial crisis, in: Cambridge Journal of Regions, Economy and Society, Heft 2/2009, S.287 ff.; Bartel, R., Öffentliche Finanzen – wieder einmal anders betrachtet, in: WISO 2/2008, S. 143 ff.
- ⁴ Urban, H.-J., "Es rettet uns kein höheres Wesen: die neue Mosaik-Linke" – Aktiv aus der Krise! Rede in Berlin am 28. März 2009, <http://sandimgetriebe.attac.at/7230.html>
- ⁵ Stuckler, D., Basu, S., Suhrke, M., Coutts, A., McKee, M., The public health effect of economic crises and alternative policy responses in Europe: an empirical analysis, in: The Lancet, Early Online Publication, 8. Juli 2009, [www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(09\)61124-7/abstract](http://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(09)61124-7/abstract); Brown, S., Taylor, K., Social interaction and children's academic test scores: Evidence from the National Child Development Study, in: Journal of Economic Behavior and Organization, Heft 2/2009, S. 563 ff.
- ⁶ Das meint selbst der eher wirtschaftsliberale, gleichgewichtsorientierte Harvard-Professor Philippe Aghion im Interview. In: Der Standard, 12.5.2009, <http://derstandard.at/fs/1241622458751/Interview-Philippe-Aghion-Krise-erschuettert-Wirtschaftskultur>
- ⁷ ÖGJ-Presseaussendung vom 9.6.2009, www.oegb.at, ÖGB-Oberösterreich-Thema
- ⁸ "So groß das Bankenpaket mit knapp einem Drittel des Bruttoinlandsprodukts (BIP) angelegt ist, so mickrig fallen die Konjunkturprogramme des Landes aus. Laut einer Bewertung der international gesetzten Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft, die von der OECD durchgeführt wurde, haben nur fünf Industriestaaten weniger in Ausgabenpakete gesteckt als Österreich. (...) Doch auch wenn man die 2,7 Milliarden Euro schwere Steuerentlastung in Österreich berücksichtigt, erhöht sich das Gesamtvolumen zur Wirtschaftsankurbelung lediglich auf 1,1 Prozent (...). Das ist lediglich die Hälfte des Industriestaaten-Durchschnitts und ein Drittel des gewichteten Mittels. Selbst das in puncto Konjunkturmaßnahmen als zurückhaltend geltende Deutschland schafft mit drei Prozent fast den dreifachen Wert Österreichs. Auffallend ist zudem, dass sich Österreich auf das Jahr 2009 konzentriert, während international auch 2010 noch stark angekurbelt wird. Auch die von der Regierung gerne verbreitete These, dass durch automatische Stabilisatoren wie Arbeitslosengeld, Pensionen und andere Maßnahmen mehr Geld in der Krise zur Verfügung stehe, wird von der OECD relativiert. Zwar machen diese Ausgaben knapp fünf Prozent des BIPs aus, doch liegt Österreich damit hinter den nordischen Ländern Europas oder Deutschland, Frankreich, Belgien und der Niederlande." In: <http://derstandard.at/fs/1245820097504/Vergleich-Oesterreich-mit-mickrigem-Konjunkturpaket>, 25. 6. 2009. Original: OECD, Economic Outlook. Interim Report, Paris 2009, S. 105 ff., www.oecd.org/dataoecd/3/62/42421337.pdf
- ⁹ Pelinka, A., Krise – Ruck nach rechts? In: Interesse, Heft 2/2009, S. 6
- ¹⁰ Prof. Franz Josef Radermacher im Interview, in: Der Standard, 24. 6. 2009, <http://derstandard.at/fs/1245670116882/Franz-Josef-Radermacher-Brauchen-richtig-brutale-Krise>
- ¹¹ Bartel, R., Keine Experimente, in: WISO, Heft 3/2009. "(...) Rezessionen in Verbindung mit Finanzkrisen neigen dazu, ungewöhnlich schwer zu sein, und (...) Erholungen von solchen Rezessionen sind typischerweise langsam. Ähnlich sind weltweit gleichzeitige Rezessionen oft lang und tief, und Aufschwünge aus ihnen sind generell schleppend", stellt der Internationale Währungsfonds (IWF) fest. Wir können einfach noch nicht sagen, wie stark und lang die wirtschaftliche und soziale Destabilisierung sein wird. Zum einen wird die hierzulande noch relativ starke Konsumnachfrage der Privaten den Lageverschlechterungen und Pessimismuswellen nicht unbegrenzt standhalten. Zum anderen drängen konservative wie liberale Regierungsparteien sowie liberale Ökonomen und die EU-Kommission schon jetzt wieder zur Budgetkonsolidierung in Form von Staatsausgabeneinschränkungen (statt Steuererhöhungen). Die Zeit drängt also zu entschiedenen und entscheidenden Weichenstellungen. Es gilt, weder durch Zögerlichkeiten noch durch Experimente Zeit zu vergeuden.
- ¹² Kepplinger, H., Limits to Good Economic Policymaking, in: Social Europe, Heft 4/2008, S. 203 ff. www.social-europe.eu/fileadmin/user_upload/journals/Vol3-Issue4/SocialEurope-12.pdf; Bartel, R., Kepplinger, H., Pointner, J., Besser als Neoliberalismus: Solidarische Wirtschaftspolitik, Wien 2006

- ¹³ John Ruggie im Interview, in: Der Standard, 18. Juni 2009, <http://derstandard.at/fs/1244460866648/STANDARD-Interview-Unternehmen-muessen-Verantwortung-erkennen>
- ¹⁴ In Großbritannien, der Wiege des Wirtschaftsliberalismus, gibt es relativ wenige sozial- und wirtschaftspartnerschaftliche Abkommen auf Betriebsebene (248 von 1990 bis 2007), und zwar, was nicht verwundert, überwiegend im öffentlichen Sektor. Einmal abgeschlossen, hielten sich 80 % dieser Betriebsvereinbarungen bis Ende 2007, wiederum überproportional jene in öffentlichen Unternehmen. Bacon, N., Partnership agreement adoption and survival in the British private and public sectors, in: Work, Employment & Society, Heft 2/2009, S. 231 ff.
- ¹⁵ John Ruggie im Interview, a.a.O.
- ¹⁶ Das Gesamteinkommen des Vorstandsvorsitzenden der DAX-Unternehmen reichten 2005 vom 4568-Fachen (Lufthansa) bis zum 40476-Fachen (Deutsche Bank) des durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommens (29400 Euro) aus 2006 in Deutschland: Bontrupp, H.-J., Verteilungsgerechtigkeit am Beispiel von Managergehältern, in: WISO, Heft 3/2008, S. 76; www.destatis.de; eigene Berechnung. Wenn überhaupt, sollen erfolgsabhängige Managemententgelte erst nach einer Beobachtungsfrist ausbezahlt werden, die es erlaubt zu beurteilen, ob die Unternehmensstrategie des Managements auch längerfristig erfolgreich ist.
- ¹⁷ Vgl. www.cora-netz.de
- ¹⁸ Bartel, R., Ökonomische Liberalisierung als Machttransfer, in: Schmutzer, M.E.A., Kollmann, K. (Hg.), Mächte des Marktes – Der ohnmächtige Verbraucher? Wien 2007, S. 43 ff.
- ¹⁹ Zudem siegte der – neoliberal geschürte, nahezu blinde – Fortschrittsglaube an die sakrosankten Finanzinnovationen (Finanzneuerungen).
- ²⁰ Bartel, R., Weltwirtschaftskrise ..., a.a.O., S. 145 ff.
- ²¹ Z. B. Härtling, N., Trau keiner Investmentbank! In: www.handelsblatt.com, 15. 6. 2009
- ²² Barazon, R., Solvency II: Auf 369 Seiten an den Kernfragen vorbei reguliert, in: Der Volkswirt, Heft April-Juni 2009, S. 7 f. Auch Ewald Nowotny kritisiert die fehlende Einigkeit und Entschlossenheit der EU in Sachen effektiver Kontrolle, ebenso Attac in der Aussendung vom 27. 5. 2009.
- ²³ Storbeck, O., Ratingagenturen richtig auf die Finger schauen, in: Handelsblatt.com, 6. Juli 2009, www.handelsblatt.com/politik/wissenswert/ratingagenturen-richtig-auf-die-finger-schauen;2426346
- ²⁴ Evelyn Regner bzw. Josef Cap, in: derStandard.at, 7. 5. 2009, <http://derstandard.at/fs/1241622158802/SPOe-kritisiert-neue-EUFinanzmarktregeln> bzw. Obama, B., Wir sind bereit, die Führungsrolle zu übernehmen, in: Der Standard, 1. April 2009, <http://derstandard.at/fs/1237228856212>
- ²⁵ Tatsächlich ist in den USA statistisch nachzuweisen, dass Aktiva, die von "Sonderfinanzierungsvehikeln" verbrieft werden, signifikant schlechter ("lemons", "Saure Gurken") sind: Downing, C., Jaffee, D., Wallace, N., Is the Market for Mortgage-Based Securities a Market for Lemmons? In: Review of Financial Studies, Heft 7/2009, S. 2257 ff.
- ²⁶ Bartel, R., Kepplinger, H., Pointner, J., (Teil-)Privatisierung öffentlicher Gemeinwirtschaft im Strombereich und das Beispiel der Energie AG Oberösterreich, in: Wirtschaft und Gesellschaft, Heft 2/2008, S. 215 ff.; Kepplinger, H., Limits ..., a.a.O., S. 203 ff.
- ²⁷ Für Großbritannien wurde sogar gezeigt, dass Organisationen der privaten Gemeinwirtschaft oft um knappe öffentliche konkurrieren, sich unter diesem Druck immer mehr auf ein gemäßigt-kommerzielles Standbein stellen und schon dadurch den Druck des Konflikts zwischen erwerbs- und gemeinwirtschaftlich Anforderungen erfahren müssen. Hudson, R., Life on the edge: navigating the competitive tensions between the "social" and the "economic" in the social economy and in its relations to the mainstream, in: Journal of Economic Geography, Heft 4/2009, S. 493 ff.
- ²⁸ Zur SIIP vgl. Bartel, R., Kepplinger, H., Pointner, J., Besser als Neoliberalismus ..., a.a.O., S. 143 ff., 160 f., zur EU-Politik Kepplinger, H., Limits ..., a.a.O., S. 203 ff.
- ²⁹ Letzteres vertritt sogar der recht liberale Münchner Universitätsprofessor und ifo-Chef Hans-Werner Sinn, in: derStandard.at, 14. 5. 2009, <http://derstandard.at/fs/1242273644465/Hans-Werner-Sinn-ifo-Praesident-fordert-radikale-Reform-der-Finanzmaerkte>. Und "Attac fordert, die Finanzmarktteiligungs-Aktiengesellschaft FIMBAG zu einer öffentlichen Bankenholding auszubauen." In: Attac-Info 26-27/09, 24. 6. 2009, 16:40 MESZ. Bei solchen strukturierten Forderungen handelt es sich hauptsächlich um Asset-based Securities, Collateralized Debt Obligations, hoch riskanten Fonds- und Unternehmensbeteiligungen. Bartel, R., Weltwirtschaftskrise ..., a.a.O., S. 145 ff.
- ³⁰ Zilibotti, F., Growing like China, Abstract für das Joint Vienna Macroeconomic Seminar, 25. 6. 2009, eigene Übersetzung
- ³¹ "Wir wollen auch den Wert und die Würde der Arbeit neu entdecken, die Menschen für Menschen leisten." Köhler, K., Die Glaubwürdigkeit der Freiheit. Berliner Rede, 24. März 2009, S. 11, http://files.globalmarshallplan.org/pr/koe_903.pdf
- ³² In: Der Standard, 20. 2. 2000, S. 24, bzw. in: derStandard.at, 26. 6. 2005, <http://derstandard.at/fs/1242273644465/Hans-Werner-Sinn-ifo-Praesident-fordert-radikale-Reform-der-Finanzmaerkte>. Nach dem Jahresbericht des ILO Institute for Labour Studies (World of Work Report 2008)

haben die massiv aufgekommenen Ungleichheiten sehr wohl ursächlich mit finanzieller Globalisierung zu tun. Vgl. dazu den Kurzbericht: Bollé, P., Inequalities and financial globalization: A timely report, in: International Labour Review, Heft 4/2008, S. 433 ff. Präzisiert wird dies in: Arestis, P., Caner, A., Financial liberalization ..., a.a.O., S. 229 ff.

- ³³ Schui, H., Universität Hamburg 2003, exakte Internet-Quelle nicht mehr eruierbar
- ³⁴ Zuckerstätter, J., Arbeit oder Kapital. Ist die funktionale Einkommensverteilung überhaupt von Bedeutung? Arbeitspapier 2008, http://momentum09.org/images/beitraege/track2/zuckerst%E4tter_beitrag.pdf
- ³⁵ Bartel, R., Wirtschaftswachstum und Einkommensverteilung, in: WISO, Heft 3/2003, S. 75 ff.; Stockhammer, E., Drei neoliberale Mythen zu Löhnen und Profiten, in: WISO, Heft 1/2007, S. 49 ff.
- ³⁶ Zu den enormen Einkommensunterschieden vgl. Endnote 16.
- ³⁷ Köhler, K., Die Glaubwürdigkeit ..., a.a.O., S. 11
- ³⁸ Stockhammer, E., Drei neoliberale ..., a.a.O., S. 49 ff.
- ³⁹ Prasad, M., Deng, Y., Taxation and the world of welfare, in: Socio-Economic Review, Heft 3/2009, S. 431 ff.
- ⁴⁰ Goldberg, K., Vermögensbesteuerung. Ein internationaler Vergleich, Wien 2007, S. 159, www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02_Studien/4_wirtschaft/vermoegensbesteuerung.pdf
- ⁴¹ ebd., S. 13
- ⁴² Lacina, F., Augen zu und durch? Vortrag im Rahmen der Frauenakademie der SP Oberösterreich, Linz, 15. 5. 2009
- ⁴³ Goldberg, K., Vermögensbesteuerung ..., a.a.O., S. 160
- ⁴⁴ Bartel, R., Kontrolle der Spekulation und der Verteilungspolarisierung, Arbeitspapier im Büro Landesrat Kepplinger, Linz, Mai 2009
- ⁴⁵ Jüngst wurde zur Diskussion gestellt, den Druck des Aktienmarktes (die Shareholder Value-Maxime) von den Kapitalgesellschaften zu nehmen, indem Gewinne oder Dividenden ab einer Grenze von Produktivitätswachstum plus Inflationsrate steuerlich abgeschöpft werden. Allerdings könnte das die InvestorInnen vom Aktienmarkt auf andere Finanzmärkte vertreiben.
- ⁴⁶ Obama, B., Wir sind bereit ..., a.a.O., <http://derstandard.at/fs/1237228856212>
- ⁴⁷ Marterbauer, M., Die EU versagt in der Krise – Zeit für eine neue Wirtschaftspolitik, in: Renner Institut Newsletter, Heft 8/2009, S. 7 f.
- ⁴⁸ In: Der Standard, 26./27. 6. 2009, <http://derstandard.at/fs/1245820090984/Finanzminister-kuendigt-neues-Sparpaket-an>
- ⁴⁹ Köhler, K., Die Glaubwürdigkeit ..., a.a.O., S. 8
- ⁵⁰ Burgoon, B., Globalization and backlash: Polanyi's revenge? In: Review of International Political Economy, Heft 2/2009, S. 145 ff.
- ⁵¹ Angelini, V., Brugiari, A., Weber, G., Ageing and unused capacity in Europe: is there an early retirement trap? In: Economic Policy, Heft 3/2009, S. 463 ff. Die EU strengt nun ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Italien an, das die Lebensarbeitszeitverlängerung (diese macht eben nur Sinn bei akzeptabel niedriger Altersarbeitslosigkeit) nicht umgesetzt hat. Boeri, T., Garibaldi, P., Beyond Eurosclerosis, in: Economic Policy, Heft 3/2009, S. 409 ff. Marinescu, I., Job Security Legislation and Job Duration: Evidence from the United Kingdom, in: Journal of Labor Economics, Heft 3/2009, Abstract
- ⁵² Kenworthy, L., McCall, L., Inequality, public opinion and redistribution, in: Socio-Economic Review, Heft 6/2007, S. 35 ff.
- ⁵³ Caritas-Präsident Franz Küberl in: Der Standard, 24. 6. 2009, <http://derstandard.at/fs/1245670114505/Die-Regierungsparteien-hoppeln-staendig-der-FPOe-nach>
- ⁵⁴ Freilich sollten die Arbeitsplätze in die Wohnorte kommen. Doch wo das ebenso wenig möglich ist, wie einen akzeptablen öffentlichen Verkehr ökonomisch vertretbar bereitzustellen, bietet die Förderung individuellen Pendelverkehrs eine beschäftigungs- und frauenpolitische Zielperspektive. Zusätzlich müssen Autos umweltfreundlicher werden; die Krise bildet hierzu einen Hebel.
- ⁵⁵ Nouriel Roubini im Interview, in: Handelsblatt.com, 16. 6. 2009, www.handelsblatt.com/politik/nachrichten/die-ezb-unterschaetzt-die-krise;2361638
- ⁵⁶ Ebd., www.handelsblatt.com/politik/nachrichten/die-ezb-unterschaetzt-die-krise;2361638
- ⁵⁷ Bartel, R., Inflation und ihre Bekämpfung, in: Zukunft, Heft 11/2008, S. 14 ff.
- ⁵⁸ In: Handelsblatt.com, 12. 6. 2009, www.handelsblatt.com/politik/nachrichten/g8-ende-der-expansiven-geldpolitik;2353324
- ⁵⁹ Bhaduri, A., Matzner, E., Ein Vorschlag zur Lockerung der externen Restriktionen der Vollbeschäftigungspolitik, in: Der öffentliche Sektor – Forschungsmemoranden, Heft 3-4/1989, S. 181 ff.
- ⁶⁰ Stiglitz, J.E., Towards A New Global Economic Compact. Principles for Addressing the Current Global Financial Crisis and Beyond, Piktation 2009, http://www.un-ngls.org/docs/ga/cfr/principles_current_global_fcrcrisis.pdf, S. 4. Aschinger, F.E., Das Währungssystem des Westens, Frankfurt a. M. 1973
- ⁶¹ Rat der EU, Überprüfung der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung – Die erneuerte Strategie, Brüssel, 15.-16. Juni 2006, Vermerk des Generalsekretariats, 26. 6. 2006, S. 3 f.

- ⁶² Ein prominenter Gewerkschafter findet allzu deutliche, pointierte Worte, die aufrütteln sollen und den Zugang zur Lösung treffen mögen: "Ich fordere die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf: Richten Sie einen Untersuchungsausschuss 'Finanzmarktkrise' ein. Ursachen, Verantwortlichkeiten und Folgen der Krise sind zu untersuchen, zu dokumentieren und die politischen Schlussfolgerungen sind zu ziehen. Ich fordere die Vorstände von Banken und Unternehmen auf: Entschuldigen Sie sich öffentlich, ziehen Sie die Lehren und richten Sie die Unternehmensstrategien auf die Wahrung sozial und ökologisch nachhaltiger Kriterien und sicherer Arbeitsplätze aus. Die Arbeitgeberverbände fordere ich auf: Beenden Sie endlich ihre Manipulationsfabriken wie die 'Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft', die als Propagandisten des Neoliberalismus die Krise mit ermöglicht haben. Und diesen auch so klugen neoliberalen Wirtschaftsprofessoren rufe ich zu: Sie haben sich lange genug als neutrale Wissenschaftler getarnt und als neoliberale Glaubensprediger betätigt! Halten sie doch einfach mal für eine gewisse Schamfrist die Klappe!" Urban, H.-J., "Es rettet uns ...", a.a.O., <http://sandimgetriebe.attac.at/7230.html>
- ⁶³ Obama, B., Wir sind bereit ..., a.a.O., <http://derstandard.at/fs/1237228856212>
- ⁶⁴ Köhler, K., Die Glaubwürdigkeit ..., a.a.O., S. 2
- ⁶⁵ Meyer, H., The New Politics of Globalisation, in: Social Europe – Web only, 1. 7. 2009, www.social-europe.eu/2009/07/the-new-politics-of-globalisation/, eigene Übersetzung
- ⁶⁶ Bieri, D.S., Financial stability, the Basel process and the new geography of regulation, in: Cambridge Journal of Regions, Economy and Society, Heft 2/2009, S. 303 ff.
- ⁶⁷ Dymski, G.A., The global financial customer and the spatiality of exclusion after the "end of geography", in: Cambridge Journal of Regions, Economy and Society, Heft 2/2009, S. 267 ff.; Alessandrini, P., Presbitero, A.F., Zazzaro, A., Global banking and local markets: a national perspective, in: Cambridge Journal of Regions, Economy and Society, Heft 2/2009, S. 173 ff.
- ⁶⁸ Foucault, M., Sexualität und Wahrheit, zit. n. Pretting, G., Der große Unzeitgemäße seiner Zeit, in: Der Standard, 23. 6. 2009, <http://derstandard.at/fs/1245670005469/Michel-Foucault-Der-grosse-Unzeitgemaesse-seiner-Zeit>
- ⁶⁹ Köhler, K., Die Glaubwürdigkeit ..., a.a.O., S. 5